

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 51/2 (2020), 10-24

DOI: 10.60684/msg.v51i2.2020202

Sebastian Haumann
TU Darmstadt

**Zwischen „Krise der Stadt“ und Sozialgeschichte. Auf dem Weg zur
Modernen Stadtgeschichte, 1960-1975**

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International.

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Sebastian Haumann 2020



Zwischen „Krise der Stadt“ und Sozialgeschichte. Auf dem Weg zur Modernen Stadtgeschichte, 1960-1975

1. Einleitung

1978 veröffentlichte Wolfgang Köllmann einen Aufsatz, in dem er die Motive, die um 1970 grundlegend für die Etablierung der modernen Stadtgeschichte als Forschungsfeld waren, in ungewohnter Deutlichkeit in Erinnerung rief. Vor-dergründig handelte es sich bei dem Beitrag mit dem Titel „Von der Bürgerstadt zur Regional-‘Stadt‘“ um einen Überblick, der die Entwicklung deutscher Städte seit dem 18. Jahrhundert in groben Zügen nachzeichnete. Aufschlussreich ist aber, wie Köllmann diese Entwicklung rahmte. Dazu griff er auf die großen dystopischen Romane von Aldous Huxley und George Orwell zurück, die, so Köllmann, nicht zufällig in einer Welt spielten, „die als Fortentwicklung städtischer Umwelt erkennbar ist.“¹ Beide Romane zeichneten „ein ebenso deprimierendes, wenn auch *bereits realistisches* Bild städtischer Siedlung [Hervorhebung durch S.H.]“.² Aber waren die bundesdeutschen Städte tatsächlich mit den dystopischen Welten eines Huxleys oder Orwells gleichzusetzen? Der Vergleich und das Niedergangsnarrativ, das sich damit verband, waren sicherlich stark überspitzt. Doch verrät diese Hinführung zu den Themen der modernen Stadtgeschichte viel darüber, welchen Sinn und welche Bedeutung Köllmann dem Forschungsfeld zuschrieb.

Im Folgenden geht es mir darum zu zeigen, wie die Wegbereiter der modernen Stadtgeschichte die Relevanz ihres Forschungsfeldes seit den frühen 1960er Jahren begründeten und die moderne Stadtgeschichte etablierten. Zu dieser Gruppe gehörten neben Köllmann (1925-1997) etwa ein Dutzend weitere Historiker*innen, namentlich Hans Herzfeld (1892-1982), im weiteren Umfeld aber auch Vertreter der Sozialgeschichte wie Werner Conze (1910-1986). Sie verband die tiefe Sorge über den vermeintlichen Niedergang der Stadt, die bei Herzfeld und Conze zum Teil auf ihre wissenschaftliche Sozialisation in der

¹ Wolfgang Köllmann, Von der Bürgerstadt zur Regional-„Stadt“. Über einige Formwandlungen der Stadt in der deutschen Geschichte, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte, Wuppertal 1978, S. 15-30, hier S. 15.

² Ebd.

Zwischenkriegszeit zurückging. Obwohl die meisten der Wegbereiter, anders als Köllmann, nicht selbst zur Stadtgeschichte forschten, schufen sie mit ihren programmatischen Entwürfen und ihren Netzwerken die intellektuellen und strukturellen Handlungsspielräume, die eine jüngere Wissenschaftler*innengeneration dann in den 1970er Jahren nutzte, um das Forschungsfeld zu festigen und mit eigenen Studien und Ansätzen neue Akzente zu setzen.

In meinem Beitrag werde ich nachzeichnen, wie diese Wegbereiter der modernen Stadtgeschichte einen Untersuchungsgegenstand konstituierten, dessen Legitimation sie aus den damaligen Debatten um die „Krise der Stadt“ herleiteten. Ich werde die Argumentationsmuster und Begründungszusammenhänge darstellen, welche die Notwendigkeit stadtgeschichtlicher Forschung unterstreichen sollten. Um zu verstehen, warum sich die moderne Stadtgeschichte erfolgreich etablieren konnte, muss aber auch untersucht werden, wieso diese Argumente überzeugten und die Relevanz des Themas breit anerkannt wurde. Immerhin gelang es, erhebliche finanzielle und logistische Ressourcen zu mobilisieren – nicht zuletzt auch für die Gründung der Informations zur Modernen Stadtgeschichte (IMS) – und der Stadtgeschichte in der wissenschaftlichen Community Geltung zu verschaffen. Deshalb wird mein Beitrag auch auf die besondere Beziehung der modernen Stadtgeschichte zur Kommunalpolitik eingehen und die Resonanz in der Geschichtswissenschaft disziplinengeschichtlich einordnen.³

2. Die „Krise der Stadt“ als Problem

Um die Relevanz eines Forschungsfeldes zu begründen, ist es immer gut, wenn man auf aktuelle Probleme hinweisen kann, zu deren Lösung man beitragen möchte. Für die Geschichtswissenschaften galt dies in den 1960er Jahren in besonderem Maße, befürchtete die Zunft doch gegenüber der auf Gegenwartsfragen orientierten Soziologie und den Politikwissenschaften ins Hintertreffen zu geraten.⁴ Die „Krise der Stadt“, die sich in den 1960er Jahren immer weiter zuzuspitzen schien, war ein solches Problem, das sich anbot, um die Bedeutung historischer Forschung herauszustellen.⁵ Diese „Krise“ hatte viele Ursprünge und Facetten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Entscheidend ist, dass die Vorstellung bundesdeutsche Städte befänden sich in einer tiefen

³ Vgl. Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003.

⁴ Vgl. Matthias Berg u. a., *Die versammelte Zunft. Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000*, Göttingen 2018, S. 544f.

⁵ Vgl. Gerhard A. Ritter, Hans Herzfeld. *Persönlichkeit und Werk*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk*, Berlin 1983, S. 13–91, hier S. 69.

Krise, oder bewegten sich zumindest unaufhaltsam darauf zu, weit verbreitet war. Am Ende des Jahrzehnts war die „Krise der Stadt“ bereits ein etablierter Topos in der öffentlichen Debatte und wurde auch von kommunalpolitischen Spitzenverbänden ausgiebig thematisiert. Prominent wahrgenommen wurde etwa die programmatische Rede „Rettet unsere Städte jetzt!“, die Hans-Jochen Vogel 1971 auf dem Städtetag gehalten hatte, um auf die wachsenden Probleme bundesdeutscher Städte hinzuweisen.⁶

Es waren vor allem zwei Krisenphänomene, auf die sich Historikerinnen und Historiker bezogen, um die Relevanz der modernen Stadtgeschichte herzustellen: Erstens die Erosion der städtischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Zusammenhang mit der Suburbanisierung. Dadurch verloren die Städte nicht nur ihr Bürgertum, das die städtische Entwicklung über Jahrhunderte geprägt hatte. Auch die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, welche die herausgehobene Funktion und die spezifische Gestalt der Städte über Jahrhunderte ausgezeichnet hatte, drohte zu verblassen. Eng mit der strukturellen Erosion der Städte verbunden war zweitens der vermeintliche Rückgang von bürgerschaftlichem Engagement und der Bedeutungsverlust der kommunalen Selbstverwaltung. In dem Maße, in dem das Bürgertum den Städten im Zuge der Suburbanisierung den Rücken kehrte, fehlte es als aktiver Träger der städtischen Zivilgesellschaft und Politik. Zudem gaben die kommunalen Verwaltungsreformen, die die Politik seit den 1960er Jahren vorbereitete, Anlass zur Sorge, dass dieses Prinzip der Selbstverwaltung vollständig ausgehöhlt werden könnte.⁷

Mit dem Fokus auf den so umrissenen Problemkomplex wies die moderne Stadtgeschichte auf die langen Entwicklungslinien hin, die in der aktuellen „Krise“ zu kulminieren schienen. Wie die stadtgeschichtliche Problemkonstruktion an den Krisendiskurs anknüpfte, zeigt sich besonders prägnant in dem Narrativ, das Köllmann in seinem bereits zitierten Aufsatz entwickelte. Wie in den Romanen von Huxley und Orwell schienen sich die spezifisch bür-

⁶ Hans-Jochen Vogel, *Rettet unsere Städte jetzt!*, in: *Rettet unsere Städte jetzt! Vorträge, Ansprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 25. bis 27. Mai 1971 in München*, Köln 1971, S. 55-84; vgl. Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott, *Introduction. Contested cities in an era of crisis*, in: Dies. (Hrsg.), *Cities contested. Urban politics, heritage, and social movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt am Main 2017, S. 7-30, hier S. 8f.

⁷ Vgl. Horst Matzerath, *Lokalgeschichte, Stadtgeschichte, Historische Urbanisierungsforschung?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15, 1989, S. 62-88, hier S. 63; Clemens Wischermann, Germany, in: Richard Rodger (Hrsg.), *European urban history. Prospect and retrospect*, Leicester 1993, S. 151-169, hier S. 153-155; Karl Ditt, *Die Kulturpolitik des Deutschen Städtetages 1947-2010*, in: Ders./Cordula Obergassel (Hrsg.), *Vom Bildungsideal zum Standortfaktor. Städtische Kultur und Kulturpolitik in der Bundesrepublik*, Paderborn 2012, S. 335-369, hier S. 345f.

gerliche Sozialstruktur und die Funktion von Städten aufzulösen: „Diese Stadtverdrossenheit“, so konstatierte Köllmann, „mag auf ein Endstadium städtischer Sonderung ... hindeuten, ein Endstadium, das zugleich Endphase jeglicher eigenständiger Stadtgeschichte wäre.“⁸ In dem Verweis auf Huxley und Orwell trieb Köllmann auch die Kritik an einer vermeintlich zunehmend bürgerfernen und technokratischen Regierung der Städte auf die Spitze. Die Verwaltungsreformen der 1960er und 1970er Jahre zeigten „Tendenzen neuer Herrschaftsbildung“, in denen die „Verselbständigung“ der Planung der „Entselbständigung des Individuums“⁹ gegenüberstehe – also bürgerschaftliches Engagement und kommunale Selbstverwaltung marginalisiert würden.

Es war das Ideal der Bürgergemeinde, das durch die Erosion städtischer Bedeutung einerseits und die Verwaltungsreformen andererseits scheinbar in eine „Endphase“ eingetreten war – ein Ideal, das aus historischer Sicht in den Stein'schen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts seinen sichtbarsten Ausdruck gefunden hatte¹⁰, aber seitdem stagnierte und nun vollends unterzugehen drohte. In einem Aufsatz, der als ein Gründungsdokument der modernen Stadtgeschichte gilt, hatte Hans Herzfeld schon 1962 auf die historischen Entwicklungslinien hingewiesen, die sich zwischen den Stein'schen Reformen und der Gegenwart aufspannten. Es sei eine kaum untersuchte Forschungsfrage, so Herzfeld, „ob ... die ‚örtliche Bürgergemeinschaft‘ der Vergangenheit wirklich in jeder denkbaren Form unwiederbringlich versunken ist. Ist es nicht vielmehr eine dringende Aufgabe ... endlich einmal konkret den Modifikationen nachzugehen, ... weil ein ... Urteil über Unentbehrlichkeit oder Entbehrlichkeit, Lebenskraft und Anspruch der heutigen Selbstverwaltung ... nur auf Grund intensiven Studiums dessen, was tatsächlich in dem ... beschleunigten Geschichtsprozeß der Moderne geschehen ist, gefällt werden kann.“¹¹ Das Forschungsdesiderat, das Herzfeld hier skizzierte, knüpfte unmittelbar an die Krisendiagnose an.

Die Problemkonstruktion und das Narrativ, das die Stein'schen Reformen mit der aktuellen „Krise der Stadt“ verknüpfte, korrespondierten mit der konservativen Weltsicht vieler der Wegbereiter der modernen Stadtgeschichte. Vor allem die ältere Generation, die wie Herzfeld ihre wissenschaftliche Karrie-

⁸ Köllmann, *Bürgerstadt*, S. 29.

⁹ Ebd., S. 30; vgl. Sabine Mecking, *Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965-2000*, München 2012.

¹⁰ Vgl. Wolfgang Hofmann, *Es begann mit Stein. Eine historiographische Erinnerung*, in: Ders. (Hrsg.), *Bürgerschaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge. Studien zur neueren Stadtgeschichte*, Stuttgart 2012, S. 363-408, hier S. 387.

¹¹ Hans Herzfeld, *Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 1, 1962, S. 27-40, hier S. 35.

re in der Weimarer Republik begonnen hatte, oder wie Werner Conze – auf dessen Rolle ich weiter unten noch eingehen werde – in die nationalsozialistische Volksgeschichte involviert war¹², interpretierte die diagnostizierte Erosion des Bürgertums und die technokratischen Verwaltungsreformen der 1960er und 1970er Jahre als Anzeichen des Niedergangs. Historische Forschung sei notwendig, so Herzfeld, um „das drohende Chaos“ abzuwenden, das „durch die einfach resignierende Preisgabe überlieferter, wertvoller Kräfte“ in der aktuellen Entwicklung vorgezeichnet sei.¹³ Aber auch Köllmann, dessen 1960 erschienene Dissertation zur Sozialgeschichte Barmens als eine Pionierstudie der modernen Stadtgeschichte gilt, befasste sich als Experte für historische Demographie nicht nur ausgiebig mit der Frage, welche Rolle das Bürgertum in der sozialen Zusammensetzung von Städten im 19. Jahrhundert gespielt hatte. Als Kommunalpolitiker der CDU beobachtete er die aktuelle Entwicklung vieler Städte und die Reformpolitik der 1960er und 1970er Jahre mit Skepsis.¹⁴

3. Historisches Wissen in der Kommunalpolitik

Blickt man auf die Organisationsgeschichte der Stadtgeschichtsforschung um 1970 so fällt auf, dass die Initiativen, die auf das Engagement der Historikerinnen und Historiker in den 1960er Jahren zurückgingen, bei Kommunen beziehungsweise ihren Spitzenverbänden finanzielle oder logistische Unterstützung fanden. Das gilt für das Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster, das 1969/70 gegründet wurde, für den Südwestdeutschen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung, der sich im Laufe der 1960er Jahre etablierte, die Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt, die ab 1974 eine eigene Zeitschrift, zunächst unter dem etwas sperrigen Titel Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege herausgab, und schließlich auch für die IMS, die ab 1970 am West-Berliner Kommunalwissenschaften Forschungszentrum, ab 1973 Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), beheimatet war.

Besonders eng war die Verbindung zwischen historischer Forschung und Kommunalpolitik in der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt. Gegründet 1960 als Arbeitsgemeinschaft für reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und bürgerschaftliche Bildung, war sie zu Beginn ein Interessenverband

¹² Vgl. Ritter, Herzfeld; Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

¹³ Hans Herzfeld, Leistungen und Aufgaben der Kommunalgeschichte, in: Wolfgang Haus (Hrsg.), Kommunalwissenschaftliche Forschung, Stuttgart 1966, S. 65-88, hier S. 68.

¹⁴ Vgl. Burkhard Dietz/Jürgen Reulecke/Jürgen Stohlmann, Wolfgang Köllmann (1925-1997), in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 97, 1997, S. I-XIV.

ehemaliger Reichsstädte, also ein Verein, in dem sich Kommunen organisiert hatten. Aber Otto Borst (1924-2001), Archivar der Stadt Esslingen und prägende Persönlichkeit der Arbeitsgemeinschaft, forcierte die Kooperation mit der wissenschaftlichen Forschung.¹⁵ Dabei reagierte auch Borst auf die befürchtete Erosion des Städtischen. Wegweisend für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sei ein Vortrag des Verwaltungsexperten und niedersächsischen CDU-Politikers Walter Schmidt auf dem deutschen Städtetag 1960 gewesen, in dem er die Stadt als sinnlich erfahrbare Einheit und als ein Ort einer spezifischen politischen Kultur präsentierte, die verlorenzugehen drohe und wiederhergestellt werden müsse.¹⁶ Dementsprechend war es ein Ziel der Alten Stadt nicht nur die bauliche Substanz der Altstädte, sondern auch bürgerschaftliche Traditionen zu bewahren und wiederzubeleben.¹⁷

Als sich die „Krise der Stadt“ zum Ende der 1960er Jahre zuzuspitzen drohte, bewegte dies Borst und seine Mitstreiter dazu, die Funktion der Stadtgeschichtsforschung noch deutlicher politisch zu positionieren.¹⁸ Besonders die kommunale Gebietsreform, bei der Städte wie Wetzlar und Gießen zusammengelegt wurden – und damit aus Borsts Sicht aufhörten, als traditionsreiche Städte zu existieren¹⁹ – und das Städtebauförderungsgesetz von 1971 boten dazu Anlass. Das Gesetz, welches das Vorgehen bei der Stadterneuerung regelte, wurde als Instrument einer geschichtsvergessenen technokratischen Planung heftig kritisiert.²⁰ Als Reaktion darauf erarbeitete die Arbeitsgemeinschaft die Weissenburger Thesen, mit denen sie sich 1974 an die bundesdeutsche Kommunalpolitik wandte. Die Thesen, die Grundsätze einer geschichts- und traditionsbewussten Stadtentwicklungspolitik umrissen, präsentierten geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse als eine Ressource für die Stadterneuerung, die systematisch in die Planung einzubeziehen sei: „Stadtplanung und Stadtsanierung darf ohne Berücksichtigung der historischen Dimension nicht mehr betrieben werden. ... Bei den Planungs- und Sanierungsvorhaben bietet der Stadthistoriker ... notwendiges Beurteilungsmaterial.“²¹ Auch wenn die Argumentation der Alten Stadt eher an konkreten Fragen des baulichen und kulturellen Erbes orientiert

¹⁵ Vgl. Otto Borst, Bericht über die zwanzigjährige Entwicklung und Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., in: Die Alte Stadt 7, 1980, S. 216-222.

¹⁶ Vgl. Helmut Böhme, Die Erfindung der „Alten Stadt“. Begriffsbegründung und Begriffswandel im Spiegel ihrer Strömungen, in: Die Alte Stadt 26, 1999, S. 169-192, hier S. 188.

¹⁷ Vgl. Schott, Stadt in der Geschichtswissenschaft, in: Christoph Heyl/Harald A. Mieg (Hrsg.), Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2013, S. 120-147, hier S. 123.

¹⁸ Vgl. Böhme, Erfindung, S. 188.

¹⁹ Vgl. Borst, Bericht, S. 220.

²⁰ Vgl. Böhme, Erfindung, S. 188.

²¹ Weissenburger Thesen, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 1, 1974, S. 313-314, hier S. 314.

war, trug sie dazu bei, die Relevanz historischen Wissens allgemein in der Kommunalpolitik zu unterstreichen.

Etwa zeitgleich zur Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt formierte sich in West-Berlin eine Gruppe von Historiker*innen um das Kommunalwissenschaftliche Forschungszentrum, ebenfalls einer von Kommunen getragenen Einrichtung. Noch zu Beginn der 1960er Jahre hatte Herzfeld, der in gewisser Weise Mentor dieser Gruppe war, konstatiert, dass die Kommunen und die von ihr geförderte Kommunalwissenschaft nur mäßiges Interesse an der historischen Forschung hätten. Obwohl er an der Gründung des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums beteiligt gewesen war, bemerkte er 1962, der gegenwärtige Zustand sei „... für den Historiker, der zu dem Glauben neigt, daß die geschichtliche Forschung auch zur Funktion der Selbstverwaltung einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten könnte, nicht gerade befriedigend.“²² Schließlich war es aber gerade die Frage nach der Selbstverwaltung, über die Herzfeld erreichte, dass am Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum eine eigene Historische Forschungsstelle eingerichtet wurde.²³ Die Forschungsstelle, die ab 1970 dann auch die IMS herausgab, wurde zu einem wichtigen institutionellen Ankerpunkt der modernen Stadtgeschichte.

Die kommunale Selbstverwaltung samt ihrer Geschichte weckte politisches Interesse, weil sie die Möglichkeit bot, die wachsenden Ansprüche an Steuerung und Planung in einen freiheitlich demokratischen Rahmen einzuordnen.²⁴ Die Verwaltungsreformen und die „Verselbständigung“ der Planung erregten Unbehagen – nicht nur bei Historiker*innen. Sie drohten Freiheiten zu beschneiden und die Gesellschaft in Richtung sozialistischer Steuerung zu rücken, wie man sie jenseits des sogenannten Eisernen Vorhangs beobachten konnte.²⁵ Als Gegengewicht zu der Ausweitung der technokratischen Steuerung in immer mehr Politikbereichen – insbesondere auch auf der kommunalen Ebene – sollten deshalb institutionalisierte Formen der demokratischen Mitbestimmung und das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden. Dies war dann auch eine der wichtigsten Aufgaben des Difu, das 1973 aus dem Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum hervorging.²⁶

Planbarkeit und bürgerschaftliche Partizipation galten in der bundesdeutschen Kommunalpolitik bis weit in die 1970er Jahre keineswegs als Gegensatz,

²² Herzfeld, Aufgaben, S. 28.

²³ Vgl. Ritter, Herzfeld, S. 68.

²⁴ Vgl. Hofmann, Es begann mit Stein, S. 389f.

²⁵ Vgl. Jürgen Kocka, Wandlungen der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte am Beispiel Berlins 1949 bis 2005, in: Dieter Langewiesche/Jürgen Osterhammel/Paul Nolte (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 11-31, hier S. 13f.

²⁶ Vgl. Ditt, Kulturpolitik, S. 345f.

sondern als zwei Seiten derselben Medaille und als Königsweg zu einer demokratisch legitimierten Steuerung.²⁷ Deswegen forderten die Spitzenvertreter der Kommunen auf dem Städtetag von 1971 zugleich stärkere Steuerungsinstrumente und die „Erhaltung und dynamische Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, weil nur sie die individuellen Kräfte wecken und nutzbar machen kann, die zur Bewältigung der Aufgabe notwendig sind.“²⁸

Wie fragil die kommunale Selbstverwaltung war und wie viel nötig war, um sie mit Leben zu füllen, darauf machte die moderne Stadtgeschichte aufmerksam. Zum einen zeigte die Entwicklung seit den Stein'schen Reformen, dass es keineswegs ausreichte, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Vielmehr kam es darauf an, wie diese Rechte wahrgenommen werden konnten und ausgefüllt wurden – eine Frage, die sozialgeschichtlich zu beantworten war. Zum anderen zeigte die Geschichte der späten Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, wie sehr die Selbstverwaltung gefährdet war.²⁹ Wiederum war es Herzfeld, der, an die Adresse der Kommunalpolitik gerichtet, vor einem „selbstverwaltungsfeindlichen“ Trend“ warnte, der in der „Gegenwart mindestens ebenso sehr wie vor 1933“ zu beobachten sei. Dieser Trend müsse aber nicht „als zwingendes Ergebnis einer nicht zu ändernden Entwicklung hingenommen ... werden. Gerade die historische Untersuchung sollte geeignet sein, an diesem Punkte nützliche Dienste zu leisten ...“.³⁰ Tatsächlich war es vor allem das Thema der Selbstverwaltung, über das die historische Forschung im Laufe der 1960er Jahre von den Spitzen der Kommunalpolitik als relevant anerkannt wurde und in den kommunalen Interessenverbänden Unterstützung fand.

²⁷ Vgl. Gabriele Metzler, Demokratisierung durch Experten? Aspekte politischer Planung in der Bundesrepublik, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel, Weilerswist 2004, S. 267-287; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 362-401; Sebastian Haumann, „Schade, daß Beton nicht brennt...“. Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940-1990, Stuttgart 2011, S. 160-167.

²⁸ Münchener Appell der deutschen Städte. Rettet unsere Städte jetzt!, in: Rettet unsere Städte jetzt! Vorträge, Ansprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 25. bis 27. Mai 1971 in München, Köln 1971, S. 243-247, hier S. 246.

²⁹ Vgl. Jürgen Reulecke, Bundesrepublik Deutschland, in: Christian Engeli/Horst Matzerath (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch, Stuttgart 1989, S. 21-36, hier S. 29.

³⁰ Herzfeld, Aufgaben, S. 36f.

4. Die moderne Stadtgeschichte in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft

Innerhalb der Geschichtswissenschaft als Disziplin ist die Entstehung der modernen Stadtgeschichte eng an die Entwicklung der frühen Sozialgeschichte gebunden, sowohl personell als auch thematisch. Sie profitierte wie kaum ein anderes Forschungsfeld in den Geschichtswissenschaften von der Expansion des bundesdeutschen Wissenschaftssystems.³¹ Die Sozialgeschichte der 1950er und 1960er Jahre, die insbesondere mit dem Namen Werner Conze assoziiert wird, verstand sich als Ergänzung zu der bisher dominanten Politikgeschichte der „Großen Männer“, ihrer Ideen und der Außenpolitik. Conze argumentierte, die Geschichte sozialer Strukturen und Gruppen – die Verfasstheit der Gesellschaft – sei die Grundlage aller Politik und daher unbedingt in historische Untersuchungen einzubeziehen.³² Einen seiner ersten Doktoranden, Wolfgang Köllmann, bestärkte er darin, sich mit der Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert zu befassen³³, da die Stadt eine „eine relativ überschaubare Einheit“ sei, „die in sich geschlossen betrachtet werden kann, und die doch ... die ganze Vielfalt der Probleme moderner Strukturwandlung in sich enthält.“³⁴ Conzes Erkenntnisinteresse richtete sich zwar nicht auf die Stadt als Untersuchungsgegenstand, aber sie galt ihm als Mikrokosmos, an dem sich zeigen ließ, welche politischen Folgen der Wandel sozialer Strukturen hatte.

Erst im Laufe der 1960er Jahre rückte die Stadt als eigenständiges Handlungsfeld in den Fokus sozialgeschichtlicher Forschung, welche die städtische Gesellschaft als wichtigen Baustein der industriellen Moderne verstand. Diese Ausrichtung konnte unter anderem an die Arbeit der Sozialforschungsstelle Dortmund der Universität Münster anknüpfen. Die Sozialforschungsstelle war einerseits für viele Sozialhistoriker eine berufliche Zwischenstation, die hier nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Karrieren fortsetzten. Dort war auch Köllmann von 1951 bis 1954 tätig.³⁵ Andererseits entwickelte sich die Sozialforschungsstelle, ausgehend von der nationalsozialistischen Volkstumsforschung im Ruhrgebiet, zu einem Zentrum der Stadtsoziologie, deren Untersuchungsgegenstand die Entwicklung der industriellen Gesellschaft war.³⁶ Zugleich rück-

³¹ Vgl. Raphael, *Geschichtswissenschaft*, S. 175f.

³² Vgl. Reulecke, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 28; Etzemüller, *Sozialgeschichte*, S. 50f.

³³ Vgl. Etzemüller, *Sozialgeschichte*, S. 122; Clemens Zimmermann/Christian Engeli/Wolfgang Hofmann/Horst Matzerath/Jürgen Reulecke in diesem Heft.

³⁴ Werner Conze, Vorwort zu: Wolfgang Köllmann, *Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert*, Tübingen 1960.

³⁵ Vgl. Dietz/Reulecke/Stohlmann, Wolfgang Köllmann, S. II-IV.

³⁶ Vgl. Hofmann, *Es begann mit Stein*, S. 381; Etzemüller, *Sozialgeschichte*, S. 262f.; Ulrike Kändler, *Entdeckung des Urbanen. Die Sozialforschungsstelle Dortmund und die soziologische Stadtforschung in Deutschland, 1930 bis 1960*, Bielefeld 2016.

ten in den Geschichtswissenschaften die sozialen Prozesse, die das 19. und frühe 20. Jahrhundert als Vorgeschichte der Gegenwart geprägt hatten, in den Fokus der Aufmerksamkeit.³⁷ Auch wenn fraglich ist, inwieweit die Befunde der stadthistorischen Forschung von dem unverändert auf den Nationalstaat ausgerichteten Mainstream der Sozialgeschichte im Einzelnen rezipiert wurden, interpretierten Sozialhistoriker die Transformation zur Industriegesellschaft doch allgemein als ein städtisches Phänomen.³⁸ Aus dieser Interpretation entstand das Programm einer dezidiert *modernen* Stadtgeschichte, die an die übergreifenden Fragen der Sozialgeschichte anschlussfähig war.

Ausgehend von der Bedeutung der Stadtgeschichte für die Moderne stellte Herzfeld die Verbindung zwischen der städtischen Sozialgeschichte und der Selbstverwaltung her. Es sei nötig, „Fragen des konkreten Massenlebens in unserem industriellen Zeitalter“³⁹ in die historische Untersuchung einzubeziehen, da „...eine Selbstverwaltungsgeschichte, die ... nur nach ihrer politischen Seite und nach ihrer Verbindung mit dem Staat behandelt [wird], unzulänglich bleiben muß.“⁴⁰ Denn, so Herzfeld, die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen stünden mit den sozialen Strukturen der städtischen Gesellschaft in „Wechselwirkung“. „[N]ur, wenn die ganze Wechselwirkung von Form und Inhalt der Selbstverwaltungsgeschichte ... festgestellt sein wird, werden wir eine wirkliche Antwort auf die Frage geben, was die Selbstverwaltung in der Vergangenheit geleistet hat und was ihre Arbeit für die Gegenwart bedeutet, damit aber auch für die Zukunft einen Hinweis gewinnen können, ob und aus welchem Grunde die Behauptung und Weiterentwicklung der Gemeindeautonomie einen unentbehrlichen Bestandteil des modernen Lebens darstellt.“⁴¹

Die moderne Stadtgeschichte verstand sich in den 1960er Jahren, wie die frühe Sozialgeschichte allgemein, also als eine notwendige Ergänzung, aber keineswegs – wie später von jüngeren Vertretern der Sozialgeschichte um Hans-Ulrich Wehler (1931-2014) polemisch zugespitzt – als Gegensatz zur etablierten Politikgeschichte. Das lässt sich gut an derjenigen Sektion des Historikertags von 1970 zeigen, die erstmals explizit die moderne Stadtgeschichte auf die Tagesordnung setzte.⁴² Zwar hatte es schon auf dem Historikertag von 1962 eine Sektion zur Sozialgeschichte des Ruhrgebiets gegeben, aber dabei standen noch soziale Gruppen, nicht die Stadt als Handlungs- und Untersuchungsein-

³⁷ Vgl. Schott, Stadt, S. 122; Helmuth Croon, Forschungsprobleme der neueren Städtegeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 105, 1969, S. 14-26.

³⁸ Vgl. Wischermann, Germany, S. 153ff.; Etzemüller, Sozialgeschichte, S. 163.

³⁹ Herzfeld, Aufgaben, S. 31.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd., S. 32f.; vgl. Kocka, Wandlungen, S. 13f.

⁴² Vgl. Hofmann, Es begann mit Stein, S. 367.

heit im Vordergrund. 1970 fand dann eine Sektion unter der Leitung von Gerhard Oestreich (1910-1978), bezeichnenderweise unter dem Titel „Kommunalgeschichte“, statt. Dies ist insofern bemerkenswert, weil die Historikertage bis in die 1970er Jahre nur aus wenigen Sektionen bestanden – 1970 waren es elf – und diese Sektionen vom Vorstand des Historikerverbandes in der Regel nach forschungs- und personalpolitischen Überlegungen vergeben wurden.⁴³ Die Vorträge in der „kommunalgeschichtlichen“ Sektion thematisierten vor allem die Diskrepanzen zwischen den rechtlichen Rahmenbedingungen der Kommunalverfassung und der sozialstrukturellen Entwicklung deutscher Städte seit dem 19. Jahrhundert. Damit zielten sie auf die Schnittstelle von Sozial- und Politikgeschichte, um verschiedene Muster der „Wechselwirkung“ zwischen beiden herauszuarbeiten.⁴⁴

Auch die Interpretationen, die die drei Vorträge lieferten, fügten sich in die konzeptionellen Paradigmen der frühen Sozialgeschichte ein. Sie argumentierten, dass die rechtliche und administrative Entwicklung zunächst hinter dem beschleunigten sozialstrukturellen Wandel zurückgeblieben sei – hier finden sich Anklänge an die These vom „Deutschen Sonderweg“. Schließlich seien die Herausforderungen des sozialen Wandels aber durch die kommunale „Leistungsverwaltung“ aufgefangen worden. Konkret sei es das bürgerschaftliche Gemeinwesen der Städte gewesen, das eine erfolgreiche politisch-administrative Antwort auf die „soziale Frage“ gefunden habe, indem es in „überparteilichen“ Anstrengungen die Daseinsvorsorge gestärkt habe.⁴⁵

Um 1970 kamen zur Bearbeitung der Fragen nach der sozialstrukturellen und politischen Entwicklung von Städten zunehmend quantifizierende sozialwissenschaftliche Methoden hinzu. Köllmann, der sich nach Antritt seiner Professur 1964 in Bochum verstärkt mit der historischen Demografie beschäftigte, verband deren Methoden ausdrücklich mit seinen stadtgeschichtlichen Interessen.⁴⁶ Aber auch insgesamt nahm die Bedeutung der Quantifizierung in der deutschen Geschichtswissenschaft zu. Als 1976 in Münster der Sonderforschungsbereich 164 Vergleichende geschichtliche Städteforschung eingerichtet wurde, baute dessen Programm neben einem starken Fokus auf der Kartografie systematisch auf quantifizierenden Methoden auf, um die Frage nach der

⁴³ Vgl. Berg u. a., *Die versammelte Zunft*, S. 499 und S. 514f.

⁴⁴ Bericht über die 28. Versammlung Deutscher Historiker in Köln, 31. März bis 4. April 1970, Stuttgart 1971, S. 81-87.

⁴⁵ Ebd.; Die Vorträge wurden publiziert in: Helmuth Croon/Wolfgang Hofmann/Georg Christoph von Unruh, *Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung*, Stuttgart 1971.

⁴⁶ Vgl. z.B. die gesammelten Aufsätze in: Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands*, Göttingen 1974.

„Wechselwirkung“ von sozialem und politisch-administrativem Wandel zu bearbeiten.⁴⁷

Der SFB Vergleichende geschichtliche Städteforschung, das bis heute umfassendste Forschungsprojekt zur frühneuzeitlichen wie zur modernen Stadtgeschichte, war deshalb erfolgreich, weil er die Problemkonstruktion um die „Krise der Stadt“, die Paradigmen der frühen Sozialgeschichte und neuere sozialwissenschaftliche Methoden systematisch miteinander verband. Der Sprecher des SFB, Hans-Jürgen Teuteberg (1929-2015), führte zur Legitimation des Großprojekts ausdrücklich an: „Die vielen drängenden Probleme unserer heutigen Kommunen können ohne Einbeziehung der historischen Dimension kaum noch hinreichend erklärt werden.“⁴⁸ Um dies zu leisten, sei es erforderlich, anstelle der lange üblichen „Deskription von Fakten, insbesondere der rechtlichen oder ökonomischen Institutionen“ auf „die Erfassung der langfristigen Strukturverformungen unterhalb der Ereignisgeschichte und vor allem [auf] quantitative Aspekte“ zu fokussieren.⁴⁹ Noch deutlicher als die moderne Stadtgeschichte zu Beginn der 1970er Jahre basierte die Arbeit des SFB auf der „Erfassung genereller Strukturmerkmale unter betonter Verwendung sozialwissenschaftlicher Methoden“.⁵⁰ Im Kern blieb aber auch der Münsteraner SFB an den Fragen und Interpretationsmustern orientiert, die sich um den Nexus von Sozialstruktur und Selbstverwaltung aus der frühen Sozialgeschichte heraus als Kern der modernen Stadtgeschichte etabliert hatten.

5. Fazit und Ausblick

Mit dem Nexus von Sozialstruktur und Selbstverwaltung war ein Problemkomplex umrissen, mit dem die moderne Stadtgeschichte sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der geschichtswissenschaftlichen Community anschlussfähig war. Der Verweis auf die „Krise der Stadt“ als aktuelles Problem, das historisch zu erklären sei, unterstrich die Relevanz des Themas zusätzlich. Unter diesen Bedingungen konnten sich um 1970 verschiedene Ansätze und Interessen miteinander verbinden und sich als Forschungsfeld der modernen Stadtgeschichte konsolidieren und etablieren.

Schon bald nach 1970 setzte allerdings eine Akzentverschiebung ein. Hintergrund war ein Generationenwechsel von den Wegbereitern, die im Fokus dieses

⁴⁷ Vgl. Schott, Stadt, S. 121f.

⁴⁸ Hans-Jürgen Teuteberg, Zur Einführung in das wissenschaftliche Gesamtkonzept, in: Ders. (Hrsg.), Annotierte Gesamtbibliographie. Sonderforschungsbereich 164, Vergleichende Geschichtliche Städteforschung, 1976-1988, Münster 1989, S. IX-XVI, hier S. X.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd., S. XII.

Beitrags standen, hin zu jüngeren Wissenschaftler*innen, die die Handlungsspielräume nun für ihre eigenen Forschungsinteressen und Ansätze nutzten. Die Jüngeren, wie Jürgen Reulecke (geb. 1940), Horst Matzerath (geb. 1937) oder Christian Engeli (geb. 1938), die auch die IMS in den 1970er und 1980er Jahren prägten⁵¹, setzten sich vor allem weltanschaulich von den Positionen Köllmanns, Conzes und Herzfeld ab, wurden von diesen aber nichtsdestotrotz unterstützt.⁵² Insbesondere teilten sie nicht mehr die konservative, bis ins Dys-topische reichende, Sorge über den Niedergang der Städte und die Kritik an der zeitgenössischen Reformpolitik. Geradezu ironisch griff etwa Lutz Niethammer (geb. 1939) den Topos vom Niedergang der Städte als Folge der Erosion des städtischen Bürgertums auf, indem er die vermeintlichen Urbanitätsdefizite der Industriegemeinde Borbeck als individuelles Problem und als Ausdruck der „seelischen Störung“ des Kommunalbaumeisters Voßkühler interpretierte.⁵³ Und die Überblicksdarstellung von Jürgen Reulecke von 1985⁵⁴ unterstrich, im scharfen Gegensatz zum Antiurbanismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, den positiven Beitrag der Städte zur gesellschaftlichen Modernisierung. Unterdessen blieben einige Themen, die zu Beginn gesetzt worden waren, wichtige Referenzen im Forschungsfeld – im Grunde bis heute. Die Betonung der führenden Rolle des Bürgertums etwa wurde zwar durch die Alltagsgeschichte, wie sie beispielsweise Niethammer vertrat, hinterfragt, die oftmals auf die Arbeiterklasse als historisch wirkmächtige soziale Formation fokussierte. Aber dennoch blieb die Bürgertumsforschung eine wichtige Stütze der Stadtgeschichte und die kommunale Leistungsverwaltung ein wichtiger Untersuchungsgegenstand bis in die Stadt- und Umweltgeschichte der 1990er Jahre.⁵⁵

Vor allem aber existierten die Institutionen fort, die um 1970 eingerichtet worden waren, insbesondere auch die Informationen zur modernen Stadtgeschichte, auch wenn sich hier ebenfalls die Schwerpunkte verschoben.⁵⁶ Gegenüber dem Anspruch, zu Fragen der demokratischen Legitimation und des Verwaltungshandelns beizutragen, rückte in den 1970er Jahren zunehmend die identitätsbildende Funktion von Stadtgeschichte in den Mittelpunkt. Es wurde vermehrt darüber diskutiert, wie historische Forschung als – heute würde man

⁵¹ Vgl. Zimmermann/Engeli/Hofmann/Matzerath/Reulecke in diesem Heft.

⁵² Vgl. Etzemüller, Sozialgeschichte, S. 344f.

⁵³ Lutz Niethammer, Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Kommunalbaumeisters in Preussens grösstem Industriedorf, oder – Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt am Main 1979.

⁵⁴ Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985.

⁵⁵ Vgl. Martin Baumeister in diesem Heft; Schott, Stadt, S. 132f.

⁵⁶ Vgl. Dieter Schott in diesem Heft.

sagen – Public History in die Stadtgesellschaften hineinwirken konnte. Es ging also nicht mehr um den Aufbau spezialisierter Expertise im Zusammenhang mit den Kommunalwissenschaften, sondern um die Popularisierung der Stadtgeschichte. Diese Verschiebung überschneidet sich sowohl mit dem „Geschichtsboom“ der 1980er Jahre als auch mit der Wende zur Kulturgeschichte.⁵⁷ Für diese Akzentverschiebung boten die Organisationen, Netzwerke und Zeitschriften, die in den 1960er Jahren und am Anfang der 1970er Jahre gegründet worden waren, eine geeignete Plattform.

Dieser Beitrag kann nur eine grobe Skizze der Debatten und Forschungsinitiativen liefern, mit denen sich die moderne Stadtgeschichte als Forschungsfeld zwischen den frühen 1960er und der Mitte der 1970er Jahre etablierte. Vor allem basiert er erstens auf wenigen, meist prominenten, Quellen, die die Perspektive der „großen Männer“ wie Köllmann, Herzfeld und Conze wiedergeben. Hier wäre auf breiterer Quellenbasis ein differenzierteres Bild zu zeichnen, das insbesondere auch der Rolle der beteiligten Historikerinnen gerecht wird – beispielsweise Ursula Mulert-Rosenbaum, deren ebenfalls bei Conze entstandene Dissertation zur Sozialgeschichte Barmens im späten 19. Jahrhundert Wolfgang Köllmann in seinem Buch verarbeitete, das bis heute als Pionierstudie der modernen Stadtgeschichte gilt.⁵⁸ Zweitens wären die hier skizzierten Hypothesen systematischer in die vorhandene Literatur zur Geschichte der Geschichtswissenschaften im 20. Jahrhundert einzuordnen. Die zahlreichen Studien, die in den letzten Jahren zur Kontinuität der Geschichtsforschung über 1945 hinweg oder zur „Bielefelder Schule“ entstanden sind, bieten hier notwendige weiterführende Perspektiven, wie auch die neueren Historikerbiografien.⁵⁹ Schließlich wäre drittens die Herangehensweise dieses Beitrags konzeptionell im Sinne der Wissensgeschichte zu schärfen. Der hier untersuchte Zeitraum war schließlich auch eine Phase paradigmatischen Umbruchs in der Wissenschaftspolitik und im Modus der Wissensproduktion. Die Frage, wie Wissen

⁵⁷ Vgl. Wischermann, Germany, S. 160f.; Jürgen Reulecke, Das Exemplarische und das Besondere. 20 Jahre Stadtgeschichtsforschung im Spiegel der Alten Stadt, in: Die Alte Stadt 22, 1995, S. 126-136; Christian Engeli/Wolfgang Hofmann/Horst Matzerath (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung. Materialien zu einem Kolloquium des Deutschen Instituts für Urbanistik am 29. und 30. April 1980, Berlin 1983.

⁵⁸ Köllmann, Sozialgeschichte, S. XVf.; vgl. Etzemüller, Sozialgeschichte, S. 122.

⁵⁹ Vgl. z.B. Dirk Blasius, Theodor Schieder. Werkgeschichtliche Konstellationen zwischen nationalsozialistischer Diktatur und demokratischem Neuanfang, in: Geschichte und Gesellschaft 45, 2019, S. 222-244; Timo Pankakoski, From historical structures to temporal layers. Hans Freyer and conceptual history, in: History and Theory 59, 2020, S. 61-91; Paul Nolte, Hans-Ulrich Wehler. Historiker und Zeitgenosse, München 2015; Bettina Hitzer/Thomas Welskopp (Hrsg.), Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen, Bielefeld 2010.

generiert, organisiert und verbreitet wird, ist gerade mit Blick auf die Zeit um 1970 äußerst interessant. Immerhin spiegeln sich darin einige allgemeine Tendenzen, wie etwa die Politisierung der Wissenschaft in der Stadtgeschichte deutlich, wenn auch auf spezifische Art und Weise, wider.⁶⁰

⁶⁰ Vgl. Matthias Heymann, 1970s. Turn of an era in the history of science?, in: Centaurus 59, 2018, S. 1-9; Susanne Schregel, Social movements, protest, and academic knowledge formation. Interactions since the 1960s, in: Moving the Social 60, 2018, S. 5-26.